

Pensionskasse für Vollzeit-Eltern?

Familienpolitik Der Landtag hat ein Postulat der VU-Fraktion einstimmig an die Regierung überwiesen. Ziel ist es, die Alters- und Risikoversorge für Vollzeit-Eltern zu verbessern.

VON DORIS QUADERER

Wer sich hauptsächlich oder zu einem grossen Teil für Familienarbeit entscheidet, der verzichtet nicht nur auf ein Einkommen, sondern auch die Alters- und Risikoversorge im Sinne der Pensionskasse. Das wollen die Postulanten ändern. Zwar könne der Staat das entgangene Erwerbseinkommen nicht kompensieren, schliesslich seien sogenannte Herdprämien schlicht nicht finanzierbar, führte Postulant Christoph Wenaweser aus. Bei der Alters- und Risikoversorge hingegen könnte der Staat den Betroffenen unter die Arme greifen. Anspruchsberechtigt sollen jedoch nur Haushalte mit geringem Einkommen sein - diese Maximalhöhe müsste noch definiert werden. Von einem Giesskannenprinzip wollen die Postulanten absehen. Auch wollen die Postulanten einen Sozialexport vermeiden - es soll eine Lösung gefunden werden, die nur in Liechtenstein wohnhaften Familien zugutekommt. «Wir sind uns bewusst, dass die Thematik rund um das Sozialversicherungsrecht komplex ist und es sich bei diesem The-

ma lediglich um eine Problemstellung in der Familienpolitik handelt. Dem ist entgegenzuhalten, dass in jüngster Zeit politische Vorstösse an die Regierung überwiesen worden sind, die die Optimierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung, Blockzeiten an den Schulen und generelle Erhöhung des Kindergeldes zum Thema haben», betonte Violanda Lanter-Koller (VU).

Zuspruch, aber auch Fragezeichen

Johannes Hasler (FBP) betonte, dass wohl alle im Kern die Familien in Liechtenstein unterstützen wollten. Er begrüsst daher den Vorstoss grundsätzlich. Einige Punkte sind aus seiner Sicht jedoch noch genauer zu klären. «Ich bin mir nicht sicher, ob durch die vorgeschlagene Massnahme ein geringes Teilzeitpensum unattraktiv würde», räumte er ein. Schliesslich bekäme man diese staatlichen Zuschüsse nur bis zu einem gewissen Haushaltseinkommen. «Auch stellt sich die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, Personen schon heute mittels staatlichen Geldern eine fixe Altersgutschrift zu geben, ob schon wir nicht wissen, ob diese Per-



Christoph Wenaweser (VU) will alle Familienmodelle fördern.

sonen beispielsweise durch Karrierefortschritte im folgenden Erwerbsleben die entstandene Lücke selbst kompensieren oder das Altersguthaben sogar erhöhen können», fügte er an. «Ob die Familien es sich leisten können, dass entweder der Mann oder die Frau zu Hause bleibt und sich voll und ganz den Kindern widmet, hängt meiner Meinung nicht davon ab, ob die zukünftige mögliche Lücke in der Altersvorsorge mittels staatlichen Geldern geschlossen wird. Sondern schlicht und einfach von der Tatsache, ob ein Einkommen zum Zeitpunkt der Kinderjahre ausreicht oder nicht», so Johannes Hasler. Ein zukünftiges mögliches Alterskapital in 30 Jahren nütze den Familien in der Gegenwart wohl wenig. Deshalb habe die FBP im vergangenen Jahr auch vorgeschlagen, das Kindergeld zu erhöhen.



Das will auch Johannes Hasler (FBP), er hatte aber ein paar Fragezeichen.

Das Postulat lege den Finger in eine unerledigte politische Aufgabe bezüglich der Familienförderung, befand FL-Fraktionssprecher Georg Kaufmann. Finanzielle Nachteile müssten beseitigt werden, ist er überzeugt. Allerdings sieht er auch einige Stolpersteine, die «umschifft» werden müssten. Sein Fraktionskollege Thomas Lageder fragte sich beispielsweise, wie die neue Lösung denn finanziert werden solle. Zudem sei die noch festzulegende Einkommensschwelle für ihn eine Gretchenfrage. Auch der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert zeigte sich gespannt auf den Finanzierungsvorschlag der Regierung. Die Postulanten hatten lauten eigenen Aussagen bewusst auf einen solchen verzichtet. Das Postulat wird von Wirtschaftsminister Daniel Risch also einiges an Kreativität abverlangen.